

Wochenblatt

für den Synagogenbezirk Halle a. d. S.

Nr. 261

Erscheint Freitag
Postvertrieb Erfurt

Halle a. d. S., den 28. August 1931

Geschäftsstelle Halle a. S.
Geremarstraße 12

5. Jahrg.

Der Beitrag für die Universität Jerusalem. Ein Streitobjekt der Berliner Repräsentantenversammlung.

Vor ca. 2 Jahren wurde mit Hilfe der jüdischen Berliner Gemeinde ein Lehrstuhl für Botanik an der Universität Jerusalem errichtet.

Ein liberales Mitglied der Repräsentantenversammlung hat unter dem Druck der Wirtschaftsnot einen Antrag gestellt, in dem gefordert wurde, daß für das laufende Geschäftsjahr keine Auszahlung eines Gemeindebeitrages an die Hebräische Universität erfolgen soll. Dieser Antrag gelangte mit 20 Stimmen der Liberalen gegen 12 Stimmen der Volksparteier zur Annahme. Die Vertreter der Religiösen Mittelpartei und der Überparteilichen Vereinigung hatten sich der Stimme enthalten. Die Volkspartei hatte folgende Interpellation eingebracht: 1.) Hat der Gemeindevorstand für das laufende Geschäftsjahr die Auszahlung des Gemeindebeitrages für die hebräische Universität in Jerusalem veranlaßt? 2.) Wenn das nicht der Fall sein sollte: a) weiß der Gemeindevorstand, daß die fortlaufende Subventionierung einer zwischenparteilichen Vereinbarung entspricht? b) ist dem Gemeindevorstand bekannt, daß der durch die Subvention der Berliner Jüdischen Gemeinde geschaffene Lehrstuhl besetzt ist? c) Weiß der Gemeindevorstand, daß gerade im Hinblick auf die Verfolgungen, denen die jüdischen Studenten an vielen europäischen Universitäten ausgesetzt sind, ein ruhiges und sicheres Studium in möglichst allen Fakultäten in Jerusalem dringend wünschenswert ist?

Zur Anfrage der Volkspartei ergriff Dr. Alfred Klee das Wort. Er bat, die Frage nicht unter fiskalischen Gesichtspunkten zu betrachten, sondern unter dem Gesichtspunkt, daß der Beitrag für die Hebräische Universität der einzige Beitrag für einen Palästinazweck im Budget der Jüdischen Gemeinde sei, und daß die Leistung dieses Beitrages einer zwischenparteilichen Vereinbarung entspreche, die in der vorigen Sessionsperiode getroffen worden sei. Die Vertreter der Volkspartei hätten sich damals zu gewissen Konzessionen, der Anstellung von Rabbinern, die von liberaler Seite gewünscht wurde, und einer Verkürzung der Legislaturperiode bereit erklärt, um als Kompensation hierfür Zustimmung der Liberalen zur Schaffung eines Lehrstuhls der Jüdischen Gemeinde an der Universität Jerusalem zu erlangen. Die Errichtung eines Lehrstuhls habe auch bei den Liberalen vollen Anklang gefunden. Die Volkspartei habe sich dagegen verpflichtet, im Laufe der Legislaturperiode keine weiteren Palästina-Forderungen zu stellen und habe auch ihre Forderung bezüglich der jüdischen Schule zurückgestellt. Die langwierigen Vorbereitungen, die der Schaffung des Lehrstuhls vorangingen, die Tatsache, daß für den Lehrstuhl, der auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der hierfür eingesetzten Kommission, der hervorragende Repräsentant der Liberalen, wie R.-M. Heinrich Stern, Kammergerichtsrat Leo Wolff und Dr. Türk angehörten, mit dem Berliner Gelehrten Professor Dr. Otto Warburg besetzt wurde, der Name „Lehrstuhl der Berliner Jüdischen Ge-

meinde“ gewählt wurde, lassen die Annahme, daß es sich hier um eine nur auf zwei Jahre berechnete Einrichtung gehandelt habe, als absurde Vorstellung erscheinen. Es handelte sich bei den Vereinbarungen über die Schaffung des Lehrstuhls um ein do, ut des. Durch eine Ablehnung des Gemeindebeitrages würden sich die Mitglieder der Volkspartei, die an den damaligen Verhandlungen teilgenommen haben, in ihrem Vertrauen auf die Geltung von Treu und Glauben getäuscht fühlen. Auch bei einem Budget von nur 7 Millionen ließe sich ein Beitrag von nur 15000 Mark im Jahr als einziger Posten für Palästinazwecke rechtfertigen. Die Bedeutung der Förderung eines wissenschaftlichen Instituts vom Range der Jerusalemer Universität sollte auch von nichtzionistischer Seite gewürdigt werden.

Das Mitglied der liberalen Fraktion, Bruno Wonda erklärte, man könne die Zeit vor zwei Jahren nicht mit der heutigen vergleichen. Weite Kreise der Berliner Judenheit würden es nicht verstehen, daß in einer Zeit, wo die Wohlfahrtsinstitutionen der Gemeinde und der Beamtschaft gefährdet sind, Geldmittel für Palästinazwecke bewilligt werden. Als der Lehrstuhl geschaffen wurde, sei die Hebräische Universität eine überparteiliche Institution gewesen. Dies sei heute nicht mehr der Fall. Denn der Zionistenkongreß habe eine Resolution angenommen, in der die Wahrung des nationalen Geistes an der Universität gefordert wird. Es sei auch unrichtig, die Forderung nach Auszahlung des Gemeindebeitrages für die Universität damit zu begründen, daß die Jerusalemer Universität eine Stätte für ruhiges und sicheres Studium für die verfolgten jüdischen Studenten sei, denn die Universität sei als Lehrinstitut noch nicht ausgebaut. Es könne nicht die Aufgabe der deutschen Juden sein, den jüdischen Studenten ein ruhiges Studium in Jerusalem zu ermöglichen, sondern es sei ihre Aufgabe, hier in Deutschland solche Verhältnisse herbeizuführen, die ein ruhiges Studium gewährleisten. Wir müssen uns den Glauben bewahren, erklärte der Redner, daß der Geist im deutschen Volke wieder wach wird, und daß auch hier eine ruhige wirtschaftliche und politische Entwicklung Platz greift, die es überflüssig macht, daß die jüdischen Studierenden in Jerusalem ihre Zuflucht suchen. Die Zukunft der jüdischen Studierenden kann nur in Deutschland liegen. Es ist Aufgabe der jüdischen Studenten, zur Gesundung der deutschen Verhältnisse beizutragen.

Der Vorsitzende, Kammergerichtsrat Wolff, erklärte namens des Vorstandes, zur Interpellation der Jüdischen Volkspartei nicht ausführlich Stellung nehmen, sondern sie nur rein sachlich beantworten zu wollen. Punkt 1 der Interpellation, ob der Gemeindevorstand für das laufende Geschäftsjahr die Auszahlung des Gemeindebeitrages für die Hebräische Universität in Jerusalem veranlaßt habe, sei mit nein zu beantworten. Punkt 2a und c wolle der Vorstand keine Antwort erteilen. Auf die in Punkt 2b gestellte Frage, ob der Vorstand die Tat-

sache, daß der Lehrstuhl besetzt ist, bekannt sei, gab er eine bejahende Erklärung ab.

R.-A. Heinrich Stern führte aus, die Bemerkung Dr. Klees, die Handlungsweise der liberalen Vertreter stehe mit Treu und Glauben nicht in vollständigem Einklang, habe ihn tief getroffen. Der Vorsitzende dieser Versammlung sei über den Verdacht erhaben, sich für Dinge einzusetzen, durch die sich eine Fraktion hintergehen fühlen könnte. Die liberalen Unterhändler bei den zwischenparteilichen Vereinbarungen hätten erklärt, daß sie sich im Hinblick darauf, daß sie nicht wüßten, welche Fraktionen in der nächsten Legislaturperiode in der Repräsentantenversammlung vertreten sein und welche Verhältnisse herrschen würden, nur bis zu den Wahlen im Jahre 1930 binden können. Auch sie hätten nicht damit gerechnet, daß der Lehrstuhl nur für zwei Jahre geschaffen werden sollte. Es müsse aber zwischen Errichtung und Erhaltung des Lehrstuhls unterschieden werden. Alle Vereinbarungen seien damals ausdrücklich befristet getroffen worden. Entscheidend für seine jetzige Stellungnahme in dieser Frage aber sei der Beschluß des Zionistenkongresses über die Universität. Auch wenn er nicht aus finanziellen Gründen sich gegen die Gewährung des Beitrags in diesem Zeitpunkt wenden müßte, würde es ihm die in der Resolution des Kongresses ausgesprochene Einschränkung und Voraussetzungslosigkeit zur Forschung an der Universität unmöglich machen, für ihre weitere Förderung durch die Berliner Gemeinde einzutreten. Die Gemeinde, die in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht nationaljüdisch sei, sei nicht nur nicht verpflichtet, sondern so gar nicht berechtigt, ein Institut zu unterstützen, das nicht die Wissenschaft, sondern den nationalen Geist fördern soll. Er hoffe, daß künftighin diejenigen Kreise, die die Universität als Hort nationalen Geistes wünschen, für die Erhaltung des Lehrstuhls Sorge tragen werden. Die Liberalen seien keineswegs Gegner der Palästina-Arbeit. Denn wer liebt nicht das Land, aus dem wir gekommen sind. Nur die gegenwärtige Art des Aufbaus mache den liberalen Juden in Deutschland die Beteiligung am Palästina-Werk unmöglich. Sie hoffen jedoch, daß es ihnen einst möglich sein werde, auch an dieser Arbeit teilzunehmen.

Nachdem noch R.-A. Dr. Kollenscher als Vorsitzender der Kommission, die die Vorbereitungen zur Schaffung des Lehrstuhls getroffen hat, darauf hingewiesen hatte, daß man sicher nicht im Juli 1930 die Besetzung des Lehrstuhls vorgenommen hätte, wenn damit gerechnet worden wäre, daß der Lehrstuhl nur bis Dezember desselben Jahres bestehen sollte, hielt Dr. Klee das erste Schlußwort. Er betonte, für die Notwendigkeit,

Ein Jude beim Zarenthron.

Der jetzt in Paris lebende ehemalige hohe russische Beamte Aron Simonowicz war der einzige Jude, der am Hofe des Zaren ein- und ausgehen durfte. Er war auch eine Zeitlang der Sekretär Rasputins und veröffentlichte nach Kriegsende zwei Bände ungemein interessanter und aufschlußreicher Erinnerungen über hochgestellte Persönlichkeiten des zarischen Regimes. Simonowicz war auch derjenige, der aus Treue und Dankbarkeit zum Zaren eine großangelegte Aktion in die Wege geleitet hatte, um die Zarenfamilie aus den Fängen der Bolschewiken zu retten; zu diesem Zwecke brachte er eine Riesensumme auf, die zur „Ebnung“ des Weges dienen sollte. . . Nun veröffentlicht Simonowicz ein Buch unter dem vielversprechenden Titel „Ein Jude beim Zarenthron“, in welchem er unter anderem den Versuch schildert, die Zarenfamilie aus der Gefangenschaft in Tobolsk zu retten.

„Ich bin ein gewöhnlicher Jude, der der Gnade des Zaren teilhaftig wurde“, schreibt Simonowicz, „ich setze deshalb alle Hebel in Bewegung, um die kaiserliche Familie aus der Gefangenschaft zu befreien und sie ins Ausland zu bringen. Die Rettung sollte ohne Anwendung von irgendwelchen Gewaltmitteln vor sich gehen, lediglich mit der vielfach erprobten Hilfe . . . Schmiegeldern, wie es sich für einen gewöhnlichen Juden ziemt, wollte ich den Plan zur Ausführung bringen.“

Simonowicz mußte jedoch davon Abstand nehmen, den

jüdischen Studenten eine ruhige Arbeitsstätte zu sichern, spreche der in vielen Ländern bestehende Numerus clausus. Die Kongressresolution über den „nationalen Geist“, die übrigens falsch aufgefaßt worden sei, könne die Art, wie ein Lehrstuhl für Botanik geleitet wird, keineswegs beeinflussen. Das zweite Schlußwort hielt Bruno Woyda. Er erklärte, für eine demokratische Körperschaft müsse die Entscheidung der Wähler maßgebend sein. Diese aber hätten dahin entschieden, daß die Förderung des Palästina-Werkes, solange es nationaljüdisch und zionistisch sei, nicht Sache der Gemeinde sein könne.

Es folgte die namentliche Abstimmung über den Antrag Woyda, die das oben mitgeteilte Resultat ergab. Im eigenen Namen, sowie im Namen des Vertreters der Überparteilichen Vereinigung, Dr. Joseph Hirsh, gab sodann Dr. Alfred Wiener (Rel. Mittelp.) die Erklärung ab, er habe sich der Stimme nur im Hinblick auf die Finanzlage der Gemeinde enthalten. Die außerordentlich wichtige Arbeit, die die Universität im Vorderen Orient leistet, müsse von jedermann anerkannt werden. Er wünsche, daß sich die Finanzlage der Gemeinde bald ändere, damit eine so hervorragende wissenschaftliche Arbeit, wie die der Jerusalemer Universität auch von der Berliner Jüdischen Gemeinde wieder gefördert werden könne.

Bekanntmachungen der Gemeindeverwaltung.

Außerordentliche öffentliche Sitzung der Repräsentantenversammlung am Montag, den 31. August d. J. 20¹/₂ Uhr, im Gemeindehause, Gernarstr. 12, 1 Tr.

Tagesordnung:

- 1.) Anregungen und Beschlüsse des Vorstandes zur Herbeiführung von Ersparnissen.
- 2.) Festsetzung der Kultussteuerquote für das Jahr 1931.
- 3.) Sonstige Gemeindeangelegenheiten.

Halle a. S., den 11. August 1931.

Der Vorsitzende der Repräsentantenversammlung.
W. S. Lewin.

Halle a. d. S.

Die Junggruppe hatte am Sonnabend, den 22. d. M., zu einer Aussprache mit den Eltern eingeladen. Im einleitenden

Zaren Nikolaus II. selbst zu retten, da dieser das neue russische Regime anerkannte und sich deshalb entschieden weigerte, zu entfliehen. Es konnte natürlich keine Rede davon sein, ihn etwa mit Gewalt zu entführen. Die kleine Gruppe der Freunde des Zaren, mit Simonowicz an der Spitze, beschloß daher, wenigstens den Zarenwitsch Alexej und seine Schwester Tatjana, die begabteste und energischste der Zarentöchter, ins sichere Ausland zu bringen.

„Mein erster Gedanke“, erzählt weiter Simonowicz, „war, an die Verwandtschaft des Zaren um Mithilfe heranzutreten. Ich wurde jedoch in meinen Hoffnungen arg enttäuscht, denn diese lehnten es ab, bei einem Fluchtversuch mitzuhelfen. Die einzige, die uns tatkräftig unterstützte hatte, war die Großfürstin Maria Pawlowna die Ältere, die damals in Kislowodsk im Kaukasus wohnte. Geheimerweise, damit es ihre Kinder nicht erfahren sollten, übergab sie uns den größten Teil ihres wertvollen Geschmeides.“

Eine wichtige Rolle bei der Organisation dieser Hilfsaktion spielte auch die Führerin des „Verbandes des russischen Volkes“, Polubojadinowa, eine heisse Verehrerin des Zaren. Diese Millionärin stellte uns ihre Wohnung zu Beratungszwecken zur Verfügung und steuerte für die Rettungsaktion ihren gesamten Besitz an Gold und Brillanten bei.“ Viel Gold und Edelsteine gaben für diesen Zweck auch eine Reihe von Moskauer Großkaufleuten, Anna Wiruba, sowie Simonowicz selbst.

Referat legte Berthold Simonsohn-Leipzig Ziele und Aufgaben der Junggruppen dar. Im Anschluß an das Referat entwickelte sich eine überaus lebhaft Diskussions, in deren Mittelpunkt das Thema: „Jugend und Politik“ stand. Erst gegen 1/2 12 Uhr konnte der Versammlungsleiter die Aussprache schließen, nachdem noch von allen Seiten der Wunsch nach einer Wiederholung solcher Abende geäußert wurde, um eine gedeihliche Zusammenarbeit aller Kreise anzubahnen.

Die **Hallische Volksbühne**, die jetzt ihr 12. Kunstjahr beginnt, lädt alle Freunde des Theaters für das neue Spieljahr zur Mitgliedschaft ein (s. Anzeige).

Geschäftliches.

Das **Kinderheim der Frau Emmy Wolffs**, Aurich, Ostfriesland, das sich dank der gefunden, von der nahen Nordsee beeinflussten Luft und der waldreichen Umgebung regen Zuspruchs, besonders von der Bremer und Berliner jüdischen Gemeinde erfreut, wurde kürzlich von der städtischen Wohlfahrtsdeputation besichtigt, die sich sehr anerkennend über die Pflege im Heim äußerte.

Bereinsnachrichten.

Junggruppe.

Alterengruppe: Montag, d. 31. 8. 31., 20.15 Uhr: A. G. über Wirtschaftsfragen: III. die volkswirtschaftlichen Theorien Karl Marx' (Kritik). Leitung: Sekretär Müller. — Bitte pünktlich!

Jungsaliken: Sonnabend, d. 29. 8. 31., 16.00: Heimmittag. Sämtliche rückständigen Beiträge sind bis zum 1. September abzuliefern!

Am 6. 9. 31. ist **Gautreffen in Wittenberg**. Dieses Treffen ist von Wichtigkeit, ich erwarte daher die Beteiligung aller. Näheres wird noch bekanntgegeben. Martin Mainzer.

Jüdischer Jugendbund Halle a. S.

Montag, 31. August 8.30 Uhr pünktlich: Referat: Der junge Jude und sein Beruf. Anschließend Diskussion!

Mittwoch, 2. September Spielabend. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen zu unseren Abenden. Gäste jederzeit willkommen.

Bezahlt eure Beiträge pünktlich!

Fred Vöb.

Der Israelitische Frauenverein

bittet wieder um

abgelegte Kleidungsstücke

aller Art, weil alle Vorräte ausgegeben sind. Fräulein Clara Loewendahl, Forsterstr. 13, läßt auf Wunsch die Sachen abholen. Fernruf 21127

Als ein Fonds von 5000 Karat Brillanten beisammen war, machte ihn Simonowicz an der Moskauer „Schwarzen Börse“ zu Geld; zusammen mit dem vorhandenen Gold verfügte die Rettungsgruppe über zwei Millionen Goldrubel. „Das war zu einer Zeit“, bemerkt Simonowicz mit Stolz, „als die Bankkassen leer waren und die Bevölkerung nur über ganz geringfügige Summen Papiergeld verfügte.“

Diese Geldsumme wurde zu je fünfzehntausend Goldrubel in kleine Säckchen verteilt und mit Hilfe dieses Kapitals wollten die Initiatoren der Verschwörung den Weg von Tobolsk, dem damaligen Aufenthaltsort der Zarenfamilie, bis zur Grenze „ebnen“.

„Dank den inhaltsschweren Geldsäckchen“, erzählt Simonowicz, „knüpften wir die entsprechenden „Beziehungen“ an, wir erhielten gültige Passierscheine ausgestellt und nach geraumer Zeit waren wir so weit, daß die für uns wichtigen Posten mit „verlässlichen“ Personen besetzt waren. So kamen wir jedesmal dem Ziele näher...“

Mit Wehmut schildert nun Aron Simonowicz, dieser treue Diener seines Herrn, wie sich im letzten Moment der Rettungsaktion unüberbrückbare Hindernisse in den Weg stellten, die den mit schweren persönlichen und Geldopfern unternommenen aussichtsreichen Plan zum Scheitern brachten.

Jüdischer Turn- und Sportverein „Bar Kochba“,
Unser nächster Turnabend: Dienstag, den 1. 9. 31. 20 Uhr in der Stadt. Oberrealschule (Staudestr., Linie 3 u. 5)

H. Blum.

Haltet die Wohlfahrtspflege aufrecht!

Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden hat soeben einen Aufruf an die jüdischen Gemeinden Deutschlands ergehen lassen, der mit den Worten beginnt „In schwerer Stunde richten wir an die jüdischen Gemeinden in Deutschland den Ruf: **Haltet die Wohlfahrtspflege aufrecht!**“ Wir wissen — so heißt es in dem Aufruf weiter — daß alle Gemeinden, große wie kleine, in diesen Wochen und Monaten von dem Uebergewicht der Ausgaben über die Einnahmen fast erdrückt werden, daß vielfach geglaubt wird, die Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege müßten nunmehr wesentliche Kürzungen erfahren. Dieser Auffassung muß entgegengetreten werden: Keine Aufgabe ist zwangsläufiger als die Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsarbeit und der Sozialpolitik, ohne die die Gemeinschaft nicht gesund bleiben und leben kann. Kultus und Verwaltung haben keinen Sinn mehr, wenn die Gemeinschaft nicht am Leben bleibt. Nichts wäre unsparsamer, als durch Einstellung gegenwärtiger Leistungen zur Verhütung von Schäden die Notwendigkeit viel größerer späterer Leistungen zu ihrer Heilung herbeizuführen. Schon haben deshalb einige Gemeinden weitblickend erkannt und in die Tat umgesetzt, daß so gewaltige Not nicht nur keine Kürzung, sondern eine Erhöhung der Wohlfahrtssets und -leistungen gebieterisch verlangt. Wenn tatsächlich alle nicht unerläßlichen Ausgaben der Gesamtverwaltung entschlossen eingestellt werden, dann besteht die Möglichkeit, den gegenwärtigen Stand der Wohlfahrtsleistungen mindestens zu erhalten. Wir richten an alle Gemeindevorstände und Vertretungen die dringende Bitte, diese Fragen sofort erneut zu prüfen, um überall eine Herabsetzung der Wohlfahrtsleistungen unbedingt zu vermeiden.

In dem Aufruf werden noch folgende Grundgedanken entwickelt:

Helft, daß überall die unentbehrlichen Heime, die Kindergärten, Horte, Jugendheime offen bleiben. Vermehrt die Speisungen. Aber vermeidet und verhindert rücksichtslos alle Doppelarbeit, jeden Leerlauf.

Erhaltet der Arbeit alle Berufskräfte. Sie leisten schwerste, verantwortungsvolle Arbeit. Sie bringen das Vielfache von dem herein, was sie kosten.

Ermutigt den Helferwillen jedes Einzelnen: Gewinnt

Zu den **Festtagen**
nur **Poetzsch-Kaffee**

RICHARD POETZSCH

Kaffee-Einfuhr

Fernruf 29240 Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 10

Wie die Grete

macht's die Käte und die Käte wie die Mimi: alle spülen die Geräte in der Küche

nur mit

imi

Henkels zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen.

freiwillige Mitarbeiter! Becht die Nachbarschaftshilfe! Schafft "Pfundsammlungen"!

Stärkt in der Arbeit die Gemeinschaft mit den anderen konfessionellen und interkonfessionellen Organisationen und mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Gemeinden und Vereine schließt euch enger zusammen! Erhältet und stärkt das Werk der jüdischen Wohlfahrtspflege.

Unterzeichnet ist der Aufruf für den geschäftsführenden Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden von Rabbiner Dr. Baeck als Vorsitzenden.

Kalendarium

für die Zeit vom 28. August bis 4. September 1931,
d. i. vom 15. bis 22. Elul 5691.

Freitag,	28. 8.	Sabbatanfang	19.00 Uhr
Sonnabend,	29. 8.	Schacharis	9.00 "
		Minchah	16.00 "
		Musgang	19.54 "
Sonntag,	30. 8.	morgens	8.30 "
an den Wochentagen		morgens	7.15 "
		abends	19.00 "

Inhalt der Wochenabschnitte

- I. Sidra. Ki Souda. 5. B. M. Kap. 26, 1.—29, 8.
Segen und Fluch.
- II. Haftara. Jesaja 60. 1—22.

Fahrzeiten:

Die Fahrzeiten beginnen immer am Vorabend der genannten Tage.

Sonnabend,	29. 8.	V. Blaut, Carl Frank (Reilstr.).
Sonntag,	30. 8.	Pfifferling.
Montag,	31. 8.	Baruch, Gotland, Mendel, V. Silberberg.
Dienstag,	1. 9.	Manasse, Holländer, Meiersdorf.
Mittwoch,	2. 9.	W. Kas (Barfüßerstr.).
Freitag,	4. 9.	M. Blumenthal, Mündheimer.
Sonnabend,	5. 9.	Beer, H. Weiß.

Sonnabend, den 29. 8., 10¹/₂ Uhr: Pentateuch mit Raschi
Dienstag, den 1. 9., 20 Uhr: Mischnab Fortsetzung,
beides Gr. Berlin 8. **Rabbiner Dr. Kahlberg.**

Hans Land 70. Jahre.

Am 25. August vollendete der bekannte deutsche Romandichter und Essayist Hans Land (mit wirklichem Namen Hugo Landsberger) sein 70. Lebensjahr. Er wurde in Berlin als Sohn eines Rabbiners geboren, studierte an der Friedrich Wilhelm-Universität Philosophie, wurde aber wegen Befundung freier Gesinnung (er hielt Vorträge in Arbeitervereinen) relegiert. Deutschland stand damals im Zeichen des Sozialistengesetzes. Hans Land wandte sich der Literatur zu und ließ

Liberales Gebetbuch für 2.00 Mk.

Jedes Mitglied erhält auf Antrag und Bezahlung von 2 Mark das liberale Gebetbuch für die hohen Festtage einmal geliefert. Anträge sind bis zum 2. 9. 31 an den

Schriftführer Herrn Erich Burghardt

i. Fa. Burghardt & Becher, Leipzigerstr. zu richten.

DER VORSTAND

der Ortsgruppe für das liberale Judentum

VORFÜHRUNG DER LAUFEND EINGEHENDEN

MODE-NEUHEITEN

ab Freitag, den 28. August bis auf Weiteres jeden Freitag u. Dienstag von 1¹/₂ bis 1¹/₂ Uhr im I. Stock. Zwangloser Besuch erbeten!

A. HUTH

& Co. AG., Halle a. S.
Gr. Steinstr. 86/87
× × Markt 21 × ×

1888 sein erstes, vielbeachtetes Werk „Stiefkinder der Gesellschaft“ erscheinen. Es folgte eine Reihe Romane, die bei Kritik und Publikum starken Erfolg hatten. Um die Jahrhundertwende gründete er die Zeitschrift „Das neue Jahrhundert“, die sich aber nur drei Jahre zu behaupten vermochte. Er nahm lebhaften Anteil an den Volksbildungsbestrebungen und war längere Zeit Vorsitzender der Neuen Freien Volksbühne. Von seinen epischen Werken haben die meisten eine soziale Einstellung: „Die am Wege sterben“, „Die Richter“, „Staatsanwalt Jordan“, „Des Königs Pflegejohn“ usw. Aufgeführt werden seine Dramen „Amor Tyrannus“, „Der Skorpion“ und das soziale Drama „Die heilige Ehe“ (mit Felix Holländer). Die große deutsche Presse widmet ihm zu seinem 70. Geburtstag längere Würdigungen.

Eigenartige Justiz.

Im Monat April zog ein Trupp Nationalsozialisten von etwa 100 Mann durch den Ort Derheim bei Oppenheim und sang dabei ihre Kampflieder, die eine Herausforderung der republikanischen Bevölkerung waren. So kam in einem Lied der Refrain vor:

„So stehen die Sturmkolonnen zum Klassenkampf bereit,
„Erst wenn die Juden bluten, dann ist das Volk befreit.“

Es wurde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Mainz erhoben, da die Tendenz des Liedes offen den Judenmord ausspricht. Grund zu der Anzeige lag umso mehr vor, als wenige Tage vorher Dr. Goebbels, der im „Angriff“ dieses Lied abgedruckt hatte, vom Berliner Gericht wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Die Staatsanwaltschaft in Mainz jedoch sah in dem Lied keinerlei Aufreizung zum Klassenhaß und Gefährdung des öffentlichen Friedens. Sie begründete den Einstellungsbeschuß wie folgt:

„Heftische Staatsanwaltschaft, J. 3837/31, betreffend: Strafsache gegen Strub, Friedrich, in Nierstein. Beschuß: Einstellung des Verfahrens. Eine Gefährdung des öffentlichen Friedens ist nicht erweislich. Durch das Singen des Liedes kann feststellbar nicht die Gefahr begründet werden, daß, wenn auch nicht sofort, so doch bei einer sich bietenden Gelegenheit, es zu Gewalttätigkeiten zwischen Bevölkerungsklassen kommen, zumal Angehörige jüdischer Konfession in Derheim nicht wohnen. Aber abgesehen hiervon, läßt sich nicht beweisen, daß eine vorsätzliche Anreizung geschah, und darüber hinaus ist nicht erweislich, daß das Wollen des Beschuldigten die Begehung von Gewalttätigkeiten und die Gefährdung des öffentlichen Friedens mit umfaßte.“

VOLKSBÜHNE

Geschäftsstelle Brüderstr. 14, 9—1¹/₂ und 3—5 Uhr
Opern, Operetten, Schauspiele im Stadttheater

Sonderreihe im Thaliatheater, kleine Preise.
Sinfoniekonzerte, Sonderveranstaltungen usw.

Jeder kann Mitglied werden!

Wesentlich bessere Plätze, Wegfall des 3. Ringes.

Man verlange den Spielplan in der Geschäftsstelle, Brüderstr. 14.

Berücksichtigen Sie bitte unsere Inserenten!

Seit über 60 Jahren das bewährte Fachgeschäft für Qualitätsuhren und Reparaturen

EMIL PRÖHL, Inhaber: Walter Quentin, Große Steinstraße 18, gegenüber „Stadt Hamburg“

Bestrafte Synagogenschänder.

In der Nacht zum Verfassungstage hatten junge Burschen die Scheiben der Synagoge in Buchen (Baden) eingeschlagen. Das Amtsgericht verurteilte die Täter, den Autoschlosser Witte zu 4 Monaten, den Finanzpraktikanten Erbstand zu 3 1/2 Monaten Gefängnis und den Kellnerlehrling Metz zu 50 Mark Geldstrafe.

Weltkongress der spaniolischen Juden.

Die Zeitungen melden aus Madrid, daß dort der Oberrabbiner von Argentinien und Uruguay, Sabat, eingetroffen ist, um von der spanischen Regierung die Genehmigung zur Abhaltung eines Weltkongresses zu erbitten, der von den Nachkommen der im 15. Jahrhundert aus Spanien vertriebenen Juden veranstaltet werden soll. Etwa eine Million Juden sollen an diesem Kongress interessiert sein.

Kurze ausländische Chronik.

Prag. In Neuhäusel in der Slowakei starb im Alter von 101 Jahren und zwar am Tage seines 101. Geburtstages der jüdische Bürger Moriz Steiner, der älteste Mann der Slowakei.

Palästina.

„Daily Express“ meldet aus Jerusalem, daß dort eine Konferenz von Vertretern aller mohammedanischen Länder abgehalten werden soll, um Mittel und Wege zum Schutz der mohammedanischen heiligen Stätten und zur Errichtung einer mohammedanischen Universität in Jerusalem zu beraten. Es wird erwartet, daß sich diese Konferenz zur größten jemals abgehaltenen panslamitischen Kundgebung gestalten wird.

In Nablus kam es zu einem ernststen Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten. Es hatten sich Zusammenrottungen von Arabern gebildet, die eine unregelmäßige Demonstration veranstalteten, und die ihnen entgegentretende Polizei mit Steinen und schweren Ziegeln bewarfen. Die Polizei sah sich schließlich genötigt, zu feuern. Bei dem Zusammenstoß wurden der Polizeikommandant und drei Demonstranten erheblich verletzt und mußten ins Hospital gebracht werden. Es wurde sodann Militär herangezogen, das das Regierungsgebäude besetzte. Abends waren Polizei und Militär vollkommen Herren der Lage.

Literarisches.

„Der Morgen“ ist ohne Zweifel ein goldenes Blatt in dem Ruhmeskranz des Philo-Verlags, Berlin. Auch das 3. Heft des Jahrgangs 7 dieser Halbmonatsschrift zeichnet sich wieder durch einen überaus gediegene Inhalt aus. Dr. Hermann Funke, Berlin-Charlottenburg, verbreitet sich über „Die große Krise“ besonders die der Religion. „Denn die Religion ist das Erste und Letzte für das Individuum wie für die Gemeinschaft“. „Die Propheten des Alten Bundes — — — fühlten sich berufen, den Gottesglauben zu verteidigen und sprachen den hohen Gedanken aus, der wahre Gottesdienst beruhe auf der Sittlichkeit, in der Gesinnung und in der Tat. — Dr. Laude G. Montefiore, London, gibt „Ein kurzes Wort über Judentum und Weltreligion“ (ins Deutsche übertragen von Frau Marg. Goldstein). Es ist dies ein Beitrag zu dem in Heft 1 veröffentlichten Aufsatz von Leo Baeck: „Volksreligion und Weltreligion“.

„In einem feinsinnigen Nachwort nimmt B. Stellung zu Montefiores Äußerungen. Es gewährt einen hohen Genuß, sich in diese beiden „Worte“ zu vertiefen. — Sehr aktuell ist Rabbi Dr. Mattucks Ansprache, die in der Kirche St. Bartholomew The Great, London, am 18. Mai 1930 gehalten wurde: „Was eint Juden und Christen?“ Die Geschichte von Judentum und Christentum, bemerkt der Redner, ihre gemeinsame Verehrung des großen jüdischen Schrifttums und der Lehren des Altertums, ihr gemeinsamer Glaube, daß Gott ist und in Geist und in Wahrheit verehrt werden muß, diese und andere Tatsachen bilden die Grundlage für gegenseitiges Verstehen, Achtung und Sympathie zwischen den Anhängern der beiden Konfessionen. — Universitätsprofessor Dr. Eisler, Wien, teilt unter dem Titel: „Zwei Spaziergänge von Jozef Israels“ aus den Tagebuchblättern dieses berühmten holländischen Malers mit, die lebhafteste Naturschilderungen uns vor Augen führen. — Universitätsprofessor D. Piper, Münster i. W., schildert die geistigen Strömungen im Protestantismus Deutschlands. Es ist wichtig für uns Juden, auch darüber orientiert zu werden. Eine Fortsetzung der im vorigen Heft begonnenen Aussprache über „Probleme jüdischer Jugendbewegung“ bildet der Aufsatz von Ernst Holzer, Frankfurt a. M.: „Die kommende Generation“. „Wunsch ist die Erhaltung des Judentums, der deutsch-jüdischen Art“. Sehr interessant ist die Abhandlung: „Der Prozeß Jesu im Lichte der neuesten Forschung“ von Professor Dr. Walter von Hauff, Berlin. Am Schluß wird betont: „Es heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn man hier von einer Schuld des jüdischen Volkes redet“. — In Anlehnung an die Rektoratsrede des Prof. Lohmeyer, Breslau: „Glaube und Geschichte in vorderasiatischen Religionen“ spricht Dr. Hermann Vogelstein über: „Glaube und Geschichte im Judentum“. — Unter der Überschrift „Der Mensch als Bild und Bildner seiner Zeit“ charakterisiert Dr. Max Dienemann das Buch von Hans Lohn: „Martin Buber. Sein Werk und seine Zeit“ (Verlag: Jacob Hegner in Hellaue 1930). M. Sp.

Silberrätsel.

Aus den Silben: bo — bu — bung — che — che — deu — di — e — e — e — en — fed — ge — ge — ge — i — i — ig — jeph — kad — lau — lei — li — mar — mi — nach — nacht — ne — ne — ner — nün — no — re — ro — rod — sa — se — sez — sicht — sta — tah — te — tha — um — um — wa — zar sind 16 Wörter zu bilden, deren Anfangs- und Endbuchstaben von oben nach unten gelesen einen Sinnspruch ergeben. (H = 1 Buchstabe).

Die Wörter bedeuten: 1. Astronom, 2. Sohn Aarons, 3. staatliche Einrichtung, 4. Dummheit, 5. Liebesdienst für Kranke und Tote, 6. Stadt in Palästina, 7. engl. Untertan, 8. bibl. Gestalt, 9. berühmten Jäger, 10. Stadt in der Tschecoslowakei, 11. Entwicklungsgrad, 12. Teil der Bibel, 13. Richter in Israel, 14. Tatkraft, 15. Schillersche Dramengestalt, 16. Entgegenkommen.

Auflösung des letzten Rätsels:

1. Hanau, 2. Umbrien, 3. Moses, 4. Agave, 5. Notar, 6. Isolda, 7. Tarnow, 8. Altai, 9. Esrog, 10. Totentanz, 11. Sinai, 12. Ebene, 13. Israel.

Humanität sei unser ewig' Ziel.

Offiziell Kinderheim, Aurich

(Ostfriesland) bietet durch die von der nahen Nordsee und der waldreichen Umgebung beeinflusste Luft ges. Aufenthalt. Aufgenommen werden Kinder jegl. Alters zur Erziehung, Pflege, Erholung. Ferner schulentlassene junge Mädchen zur hauswirtsch. und kind-erzieherischen Ausbildung. Liebev. Behandlg. mäßige Preise, streng rit., Schulen aller Art. Ia Ref. Prospekt durch Frau Emmy Wolffs, Aurich.

Streng כשר

Ia Verpflegung mit Logs pro Tag 4.30 Mk. herrliche Wälder und Berge. Vieles Sommerfrische. Idyll für die jüd. Feiertage.

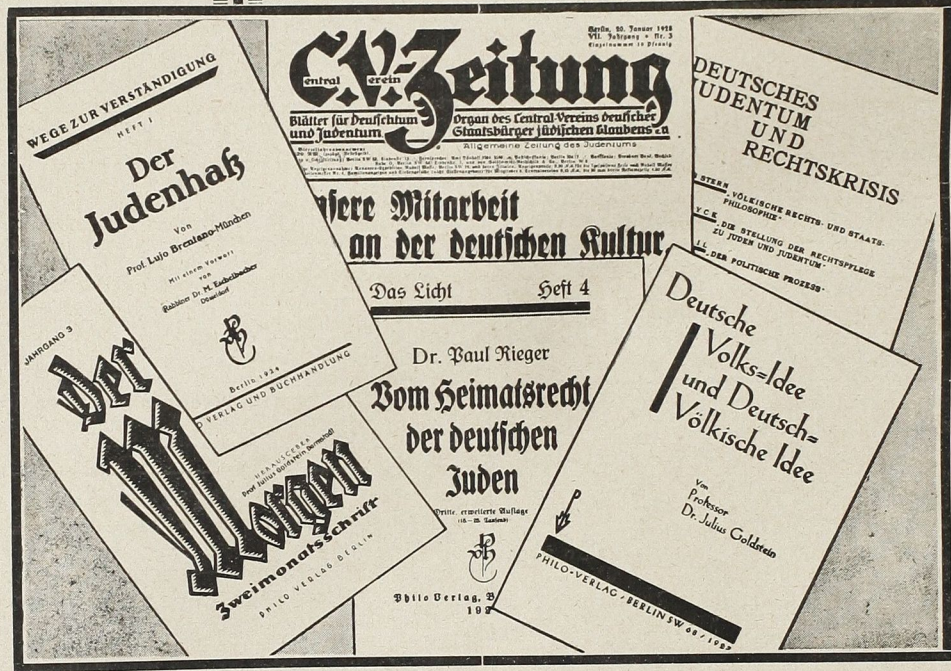
Frau Martha Stechler
Waldorf bei Bamberg
Oberfranken

Grabdenkmäler
Fassadenplatten
Gartenwegplatten
aus Naturstein — Alle Marmorarbeiten
STEIN-SCHOBER
HALLE-TROTHA
Bahnhofstraße 3a — Telefon 25526

Pelz - Mäntel
- Kragen
- Füchse
Jetzt noch zu
Sommer-Preisen
Umarbeitung sachgemäß und billigst.
Pelz-Moden B. Knoblauch
Gr. Ulrichstr. 36

 **Glas und Verglasungen aller Art**
Schaufensterscheiben / Autoscheiben
Spiegelgläser / Glasplatten für
jeden Zweck
Möbius, Halle/S. Dessauerstraße 5 a

**Rausch-Haschonoh-Karten u. Jaum-Kippur-
Kerzen** beste Qualität, empfiehlt
Hans Reiter
Halle (Saale) Gr. Märkerstr. 21



Diese Schriften sowie alle Aufklärungsbücher

im Kampf gegen den Judenhaß liefert
Ihnen

Philo-Verlag und Buchhandlung

Emserstr. 42

Berlin W 15

Emserstr. 42

Druck: Gutenberg-Druckerei, Erfurt. — Verantwortlicher Schriftleiter: Leo Kammiger, Erfurt, Unger 57.

